

"Nazis" oder "Anti-Deutsche" - Gedanken zu einem neuen Nationalbewusstsein

RT DE 2 Mai 2025 21:00 Uhr

National eingestellte Politiker und Bürger werden schnell als "Nazis" abgestempelt, während die links-grünen Eliten nicht selten als "Anti-Deutsche" bezeichnet werden. Wie kann die Politik den imperialen Tendenzen in der westlichen Welt entgegenwirken und zu einer neuerlichen Stärkung Deutschlands und aller übrigen gleichberechtigten Nationen beitragen?

Von Paul R. Wolf

National eingestellte Politiker und Bürger werden in der heutigen Zeit schnell als "Nazis" abgestempelt, egal ob es sich um den US-Präsidenten Donald Trump, Tech-Milliardär Elon Musk, die AfD-Politikerin Alice Weidel oder den Bäcker von nebenan handelt. In der Diskussion dreht sich dabei alles um Äußerungen und Symbole: Redewendungen und Parolen wie "Jedem das Seine" oder "Alles für Deutschland" und auch Symbole wie das Hakenkreuz, die Sigrune oder der Reichsadler sind verpönt und werden immer nur auf ihre – wohlgemerkt missbräuchliche – Verwendung zur Zeit des Nationalsozialismus reduziert.

Wenn man allerdings genauer hinschaut, dann wird klar, dass der Nationalsozialismus zwar vorgab, alles für das deutsche Volk zu tun und für es einzutreten, ja er stellte dem angeblichen "Volk der Arier" sogar in Aussicht, ihm "Lebensraum im Osten" zu verschaffen. Aber die Nazis verfolgten eindeutig imperialistische Ziele, sie missbrauchten das einfache Volk für ihre rassistische Ideologie und ihren Vernichtungskrieg, sie betrieben die Versklavung der Völker Europas sowie die Ausbeutung der Ressourcen des alten Kontinents, um der militärischen Elite des "Dritten Reiches" ein Leben in Saus und Braus zu ermöglichen.

Darüber hinaus haben die Nazis zahlreiche Symbole und Traditionen propagandistisch für ihre Zwecke missbraucht, sodass diese kulturellen Elemente heute fast ausschließlich mit dem Hitlerfaschismus und rechtsextremen Gesinnungen assoziiert werden:

- Der Hitlergruß und die dazugehörige Parole gehen ursprünglich auf den antiken römischen Gruß und die Worte "Ave Caesar" zurück;
- Heinrich Schliemann hatte im 19. Jahrhundert das sogenannte Hakenkreuz als Ornament in Troja entdeckt und die europäische Intelligenzija darauf aufmerksam gemacht; im Hinduismus und Buddhismus steht dieses Symbol für Glück, und auch im alten Ägypten stellte man damit die Sonne dar. Hitler sah darin vermutlich "Thors Hammer" und folglich ein urgermanisches Symbol, dass er

als Parteiabzeichen für die NSDAP auswählte;

- Um über blond und blauäugig hinaus besonders germanisch zu erscheinen, missbrauchten die Nazis verschiedene Zeichen des Runenalphabets für ihre Zwecke, so zum Beispiel die Sigrune (den Buchstaben "S") in der Abkürzung SS;
- Wenn man heute den Begriff "Mitteldeutschland" verwendet, läuft man Gefahr, als Revanchist zu gelten, der die Rückgabe der einstmaligen deutschen Ostgebiete fordert – was den öffentlich-rechtlichen *MDR* aber nicht daran hindert als "Mitteldeutscher Rundfunk" zu firmieren;
- Die erhobene geballte Faust wurde aufseiten der Spanischen Republik und der internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg zum Zeichen der Solidarität verwendet; heute ist sie als "Arierfaust" ein rechtes Symbol;
- Das Eisene Kreuz der Wehrmacht ist eine Abwandlung des Hoheitssymbols der Reichswehr, wie es heute auch wieder von der Bundeswehr verwendet wird;
- Der Reichsadler, der bereits im antiken römischen Reich und im Mittelalter vom Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation verwendet wurde, ist heute in abgewandelter Form als Bundesadler weiterhin in Gebrauch;
- Die Redewendung "Jedem das Seine" beruht auf einem antiken griechischen Rechtsgrundsatz, der als "suum cuique" ins römische Recht übernommen wurde. Sie wurde von den Nazis allerdings zur zynischen Rechtfertigung des von ihnen begangenen Unrechts am Tor der KZs als Parole missbraucht;
- Der dänische evangelisch-lutherische Theologe Søren Kierkegaard prägte im christlichen Sinne den Satz "Arbeit macht frei". Auch damit verhöhnten die Nazis die sich in den Konzentrationslagern zu Tode schuftenden Arbeitssklaven.

Die Antifaschisten, Linken und Sozialdemokraten haben sich heute auf die Fahnen geschrieben, den Nationalismus zu bekämpfen. Sie sind Verfechter von offenen Grenzen, der "Einheit" Europas, nahezu unbegrenzter Zuwanderung, der "Brandmauer gegen rechts" – aber eigentlich stehen sie alle für die imperialen Interessen Amerikas, die Fortsetzung von Krieg und Zerstörung in Europa und im Nahen Osten. Und sie decken den Mantel des Schweigens über die neonazistischen Auswüchse in der "völkerrechtswidrig angegriffenen" Ukraine oder den Genozid an den Palästinensern im Gaza-Streifen.

Von Kritikern werden die links-grünen Eliten nicht selten als "Anti-Deutsche" bezeichnet, und damit haben sie nicht unrecht. Denn auch Friedrich Merz beeilte sich, sofort nach seinem Wahlsieg zu betonen, dass seine vorderste Aufgabe nicht etwa die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in Deutschland sei, sondern vielmehr die weitere Unterstützung der Ukraine im Kriege gegen Russland. Mit dem Beschluss zur Reform der Schuldenbremse noch mit dem alten Parlament regierte der bislang nicht einmal ernannte Mochtegern-Bundeskanzler vorbei am Willen des Volkes, der bei den Wahlen zum Ausdruck gekommen war. Und Merz und Co. bürdeten damit den Bundesbürgern für viele Generationen immense neue Schulden auf.

Ein Blick in die Geschichte der linken politischen Strömungen zeigt indes: Wenngleich die Kommunisten, allen voran Lenin, im Sinne der Befreiung der Arbeiterklasse für den Proletarischen Internationalismus eintraten, und gegen den Nationalismus imperialistischer Prägung, so befürworteten sie doch die gleichberechtigte Zusammenarbeit der Nationen, die Gleichberechtigung der Nationen und Sprachen, sowie das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung bis hin zur Lostrennung und Bildung eines selbstständigen Staates. Beispielsweise brach die Sowjetunion die imperialen Machtstrukturen des Russischen Zarenreiches auf und gründete auf seinem Territorium einen Staatenbund unabhängiger Volksrepubliken. In ähnlicher Weise steht die Russische Föderation heute für die Herausbildung einer multipolaren Welt und die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Länder zum Vorteile aller, und wendet sich gegen die Einmischung in innere nationale Angelegenheiten.

In der DDR wurde nach dem 2. Weltkrieg gleichfalls viel Mühe darauf verwendet, ein neues Heimatgefühl und Nationalbewusstsein zu fördern. Dies war in Zeiten des Kalten Krieges zur Bindung der Bevölkerung an den Wirtschaftsstandort Ostdeutschland und zur Landesverteidigung auch dringend geboten.

Die Klimabewegung von heute weist nicht minder imperialistische und diktatorische Züge auf, was in dem Bestreben zum Ausdruck kommt, über den ganzen Rest der Welt bestimmen zu wollen. Sie schürt die Klimahysterie und will den sich entwickelnden Nationen verbieten, selbst den Wohlstand zu leben, den die westliche Welt seit Jahrzehnten auf Kosten des globalen Südens für sich und ihr Imperium beanspruchte. Dabei funktioniert Naturschutz viel besser in Verbindung mit einem gesunden National- und Heimatgefühl: In der Schule war zu DDR-Zeiten das Lied "Unsere Heimat" (<https://www.youtube.com/watch?v=9pSs4pm3cj8>) in aller Ohren und Munde – auch wenn die intensive Landwirtschaft und Industrialisierung in beiden deutschen Staaten bis 1990 zu erheblichen Umweltschäden führte und sich erst in den 1980er Jahren ein Umweltbewusstsein herausbildete. Als großer Umwelt-, Menschenrechts- und Friedensaktivist tat sich in der DDR beispielsweise Reimar Gilsenbach hervor.

Nachdem der Ostblock als sozialistisches Machtzentrum zerfallen war und die Sowjetunion 1992 auseinanderbrach, wurde die Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten (GUS) gegründet, ebenso wie der Vorläufer der Organisation des Vertrages über Kollektive Sicherheit (OVKS). Diese Organisationen setzten auf Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und militärischen Bereich, aber gänzlich ohne imperialen Anspruch.

Die Europäische Union, einst als Friedensprojekt eines geeinten Europas ersonnen, gebart sich in der heutigen Zeit indes als "Festung Europa" gegen Russland. Brüssel strebt nach imperialistischer Expansion in den postsowjetischen Raum. Im Inneren setzt die EU auf Standardisierung (böse Zungen würden sagen: Gleichschaltung) durch supranationale Verordnungen, grenzenlosen Waren- und Personenverkehr. Aber nach außen hin schottet sie sich ab und bringt sich gegen die "anderen Großmächte" USA, China und Russland in Stellung. Die Europäische Union verbietet unliebsamen Medienplattformen wie RT und X das Wort, und sie ringt um ihren schwindenden Einfluss in den ehemaligen europäischen Kolonien in Lateinamerika und Afrika. Die Spitzenpolitiker der EU stehen für eine Fortsetzung des Krieges in der Ukraine, aber sie stehen auch für den fortschreitenden Abbau nationalstaatlicher Machtbefugnisse, und sie maßen sich an, die Interessen aller europäischen Länder im Alleingang zu vertreten. Alle sollen Brüssel gehorchen, und dabei ist das Führungspersonal der Europäischen Union noch nicht einmal von den Bevölkerungen der Mitgliedsländer direkt gewählt. Um ihre imperiale Politik aufrechtzuerhalten und auch weiterhin durchzusetzen, haben sich die obersten Stellen der EU zuletzt sogar in nationale Wahlen (in Rumänien und Moldawien) eingemischt, und mutmaßlich auf Geheiß Brüssels wurden obendrein Schauprozesse gegen Kritiker der EU-Politik (wie Marine Le Pen in Frankreich) geführt.

Auch die NATO ist mitnichten ein Verteidigungsbündnis des Westens, sondern der militärische Arm des US-amerikanischen Imperiums in Europa. Sie wird zur "Verteidigung der Demokratie" eingesetzt und führt sowohl offene als auch verdeckte Angriffskriege (Jugoslawien 1999; "Krieg gegen den Terror" im Irak und Afghanistan). Sie unterstützt die neonazistische Ukraine im Krieg gegen Russland. Im Kalten Krieg fungierte die NATO einst als westlicher Militärblock zur Verteidigung des kapitalistischen Systems gegen den kommunistischen Ostblock und die Staaten des Warschauer Pakts. Anders als erwartet löste sich das Bündnis nach dem Fall des Eisernen Vorhangs jedoch nicht auf, sondern expandierte weiter nach Osteuropa bis an die Grenzen der Russischen Föderation heran. Zahlreiche bedeutende Politiker haben immer wieder vor dieser militärischen Expansion und Bedrängung Russlands gewarnt, zwangsläufig musste Moskau zur Wahrung seiner nationalen Sicherheitsinteressen militärisch reagieren und zumindest das große Gebiet der Ukraine von einem Beitritt zur NATO abhalten.

Immer deutlicher zeichnet sich ab, dass die Russen aus dem Konflikt in der Ukraine als Sieger hervorgehen. Im Zuge dieser Niederlage des

Westens besteht Hoffnung, dass die bisherige unipolare Weltordnung mit den USA als alleinigem Machtzentrum einer multipolaren Weltordnung weicht.

Trump hat jüngst Ungarns Premierminister Viktor Orbán dazu aufgefordert, die EU zu verlassen. Doch der ungarische Staatschef zieht es nach eigener Aussage vor, die Europäische Union gemeinsam mit anderen Mitgliedsstaaten umzugestalten. Will man allerdings eine neuerliche Stärkung der einzelnen Länder Europas erreichen, so muss die Europäische Union ein Bündnis souveräner Nationalstaaten (ohne "Hauptstadt") werden, mit wechselndem Vorsitz der einzelnen Mitglieder. Dies funktioniert auch in der GUS. Ziel muss die wirtschaftliche Zusammenarbeit zum Wohle aller Mitgliedsländer sein, und ebenso mit den übrigen Ländern der Welt.

Das Kriegsbündnis NATO gilt es hingegen aufzulösen. Stattdessen sollte ein wahrhaftiges Verteidigungsbündnis geschaffen werden, das im Falle von staatsbedrohenden politischen Unruhen einem Land zu Hilfe kommt, oder eben im Falle eines Angriffs auf eines der Mitgliedsländer – so wie bei der OVKS. Strukturelles Ziel muss es sein, eine dauerhafte Stationierung von Bündnis-Truppen und -Waffensystemen auf dem Territorium der einzelnen Nationalstaaten zu vermeiden. Und angesichts der deutschen Geschichte muss für die Politik hierzulande das Motto lauten: Nie wieder soll Krieg von deutschem Boden ausgehen. Keine Waffentransporte in Kriegsgebiete!

Eine national bewusste Politik zum Wohle des deutschen Volkes (so wie es auch an der Fassade des Reichstagsgebäudes steht) sollte darüber hinaus auch die Zuwanderung in die Sozialsysteme auf ein Minimum reduzieren, die Abwanderung von Fachkräften verhindern, einen familienfreundlichen Kurs verfolgen und die einheimische Bevölkerung in so wichtigen Bereichen wie Geschichtsbewusstsein, Zukunftstechnologien und Handwerk aus- und weiterbilden. Eine solche Politik sollte in einem Land, das über Jahrhunderte hinweg seine regionale Kultur, Sprache und Bräuche gepflegt hat, ebendiese Elemente der kulturellen Identität fördern. Kurzum, eine national bewusste Politik sollte alle Menschen im Land abholen und mitnehmen. Nur so kann sie Extremisten den Wind aus den Segeln nehmen – sowohl von links (Genderwahn, Wokeness, Klimahysterie, Beschneidung der Meinungsfreiheit, Ausgrenzung unliebsamer politischer Kräfte) als auch von rechts (Überlegenheitsgefühl, Blut- und Boden-Ideologie, Kriegshetze, Juden- und Islamfeindlichkeit).

Und auch nur dann, wenn ein deutscher Staatsbürger sagen kann: Ich bin stolz auf mein Land, unsere Leistungen, unsere Traditionen, wird er sich freiwillig bei der Armee melden, um im Ernstfall seine Lieben und die eigene Heimat zu verteidigen.

Quelle:

<https://freedert.online/meinung/243684-gedanken-zu-neuen-deutschen-nationalbewusstsein/>